

Die Ratspräsidentschaft Deutschlands in der Europäischen Union:

Hohe Erwartungen in schwierigen Zeiten

Am 1. Juli 2020 hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. In der zweiten Jahreshälfte 2020 muss die Bundesregierung beweisen, dass sie zu konstruktiven Lösungen im Rat beitragen kann. Ein erster Meilenstein ist der deutschen Ratspräsidentschaft bereits geglückt: Sie hat die Blockade zum EU-Haushalt im Rat gelöst und konnte in einer historischen Sitzung Ende Juli alle Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen Position für die Haushaltsverhandlungen mit dem Europäischen Parlament zusammenbringen.

Ein Beitrag von
Friederike Pischnick

Während die EU-Blase es gewohnt ist, schon mindestens zwei Monate vor Beginn einer jeweiligen Ratspräsidentschaft über deren Vorhaben informiert zu werden, musste sie diesmal aufgrund der Corona-Pandemie bedächtig warten. Erst in der letzten Juniwoche 2020 wurde das offizielle Programm der **deutschen Ratspräsidentschaft** bekanntgegeben. Im Programm heißt es eingangs dann auch: „Krisen waren in der EU von jeher auch eine Chance, Gegebenes zu hinterfragen und sich noch besser für die Zukunft zu rüsten.“

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ legt die deutsche Ratspräsidentschaft in ihrem **Programm** einen klaren Fokus auf die Bewältigung der Corona-Folgen und den Wiederaufbau der Wirtschaft sowie den Abschluss der Haushaltsverhandlungen und der Beratungen über die zukünftigen Beziehungen zu Großbritannien. Nachgeordnet finden sich die übrigen, in direkter Beziehung zu den sechs Prioritäten der Europäischen Kommission stehenden, Leitgedanken wie Klimaschutz, Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt.

Online versus Offline

Kritische Stimmen haben bereits beklagt, dass der Klimaschutz und somit das Mammutprojekt des European Green Deal bei der deutschen Ratspräsidentschaft nur unter



Foto: European Union

Deutschland hat bis Ende dieses Jahres den Vorsitz im Rat der Europäischen Union

„ferner liefern“ aufgezählt wird. Wichtig ist aber zu sagen, dass die deutsche Bundesregierung die Ratspräsidentschaft in einer Zeit übernimmt, in der sie sich auf die Bewältigung der Krise konzentrieren muss. Bei einer online durchgeführten Veranstaltung in Brüssel führte der Botschafter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, Michael Clauß, konkret aus, warum die Konzentration auf die wesentlichen Themen unausweichlich ist. Er rechnet damit, dass nur 20 Prozent des ansonsten in einer Ratspräsidentschaft bestehenden Arbeitsaufkommens abgearbeitet werden kann. Dies liegt insbesondere an den durch die Corona-Schutzmaßnahmen eingeschränkten Möglichkeiten der deutschen Ratspräsidentschaft, persönliche Treffen durchzuführen.

Zur Autorin:

Friederike Pischnick ist Referentin im Europabüro des Deutschen Städtetags (DST) in Brüssel.

Wer in den letzten Wochen im Homeoffice mehrere Stunden in einer Videokonferenz saß, wird wissen, wie hochkonzentriert gearbeitet werden muss, um verschiedene Positionen in einem Arbeitsdokument zu vereinen. Die Möglichkeit, während der Kaffeepause Verständnisfragen zu klären oder Kompromisse zu verhandeln, gibt es online nicht. Während der Verhandlungen im Rat ist es aber besonders wichtig, nicht nur am Konferenztisch, sondern auch am Mittagstisch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen EU-Mitgliedstaaten über Kompromisslösungen zu beraten.



Überwindung der Blockade beim EU-Haushalt

Es gilt, insbesondere bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 Kompromisse zu finden. Zwar hat die Europäische Kommission schon im Mai 2018 ihre Vorschläge dazu vorgelegt, bislang war aber die Einigung im Rat über eine Positionierung dazu ausgeblieben. Ein Vorschlag von Ratspräsident Charles Michel im Februar 2020 war mit Krach gescheitert, da er unter anderem für die sogenannte „Frugal Four“, wie Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden in dieser Konstellation bezeichnet wurden, in seiner Höhe zwar immerhin unter dem Vorschlag der Kommission lag, aber insgesamt als immer noch zu hoch kritisiert wurde. Diese vier Länder sehen Einschnitte im EU-Haushalt aufgrund des EU-Austritts von Großbritannien für unausweichlich und fordern, dass ihre Beiträge bei einem Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bleiben. Der Vorschlag der Kommission von 2018 sah 1,11 Prozent des BNE vor.

Neue Vorschläge der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission musste auf die verschiedenen Rufe und zuletzt die Pläne von Deutschland und Frankreich für ein Auf-

bauprogramm für Europa, das eng mit den EU-Haushalt verknüpft ist, reagieren. Aus diesem Grunde – und auch ein wenig in der Hoffnung, die Blockadehaltungen lösen zu können – legte sie im Mai 2020 einen überarbeiteten **Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen** sowie für das Aufbauprogramm **„Next Generation EU“** vor.

Die neuen Vorschläge sehen vor, dass anstatt 1.134 Milliarden nur 1.100 Milliarden Euro in den MFR von 2021 bis 2027 fließen sollen. Zusammen mit dem Aufbauprogramm „Next Generation EU“, das insgesamt 750 Milliarden Euro umfasst, würden sich die Verpflichtungen der EU-Staaten dann auf 1.850 Milliarden Euro belaufen. Damit kam die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten schon deutlich entgegen, die sich nicht einmal über den vorletzten Vorschlag des Ratspräsidenten Charles Michel vom Februar 2020 einigen konnten. Nachdem die Kommission im Mai 2020 einen neuen Anlauf startete, legte Ratspräsident Charles Michel Mitte Juli 2020 dann auch einen Gegenvorschlag für die Mitgliedstaaten im Rat vor, der beim historisch längsten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vom 17. bis 21. Juli 2020 beraten wurde. Nach langen Nächten sah man in Brüssel am 21. Juli dann überraschend weißen Rauch aufsteigen: Die EU-Mitgliedstaaten hatten sich geeinigt.

Mit dem milliarden schweren Hilfspaket „Next Generation EU“ will die Europäische Kommission die schlimmsten Folgen der Corona-Krise abmildern

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027						
Europäische Kommission		Europäischer Rat			Europäisches Parlament	
Vorschlag 2018	Vorschlag 2020	Vorschlag Michel Febr. 2020	Vorschlag Michel Juli 2020	Einigung Febr. 2020	Position 2018	Position 2020
1.134,6 Mrd. EUR	1.100 Mrd. EUR	1.087,3 Mrd. EUR	1.074 Mrd. EUR	1.074,3 Mrd. EUR	1.324,1 Mrd. EUR	?

Während die Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten vor allem von den Themen Zuschüsse versus Darlehen beim „Next Generation EU“ und Rechtsstaatlichkeit beherrscht wurden, schien die Höhe des Gesamtbudgets für den MFR von 2021 bis 2027 fast in Vergessenheit geraten zu sein. Schließlich einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf Michels Vorschlag und vereinbarten ein Gesamtbudget für den MFR von 2021 bis 2027 von 1.074,3 Milliarden Euro.

Während die Einigung mit dem Europäischen Parlament über das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ nah scheint, da sich die Vorschläge von Europäischer Kommission und Rat jedenfalls hinsichtlich der Höhe des Gesamtvolumens kaum unterscheiden, ist die Mittelkürzung beim MFR weiterhin Streitpunkt und wird zum Lithmuseum der deutschen Ratspräsidentschaft. Mit der nun erfolgten Einigung über die Ratsposition zum MFR für 2021 bis 2027 und „Next Generation EU“ muss wieder in die interinstitutionellen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament eingestiegen werden. Es hatte sich im Februar 2020 aus den Verhandlungen über die Dach- und auch die fondsspezifischen Verordnungen gezogen, nachdem deutlich wurde, dass der Rat keine ausreichende Finanzierung der Europäischen Investitions- und Strukturfonds (ESIF) vorsah.

Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände bleibt zu hoffen, dass das Europäische Parlament weiterhin starke Kante zeigt. Die sich bereits aus der Position des Rates abzeichnende 20-prozentige Kürzung bei den EU-Strukturfonds ist nicht hinnehmbar und auch die Tendenzen zur Zentralisierung der Strukturförderung in den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zu den fondsspezifischen Verordnungen wären für ortsspezifische und maßgeschneiderte europäische Projekte ein Fiasko.

European Green Deal

Dass dem European Green Deal zwischen Haushaltsverhandlungen, Brexit und Corona-Pandemie nur eine Nebenrolle zugestanden wurde, ist nicht nur der veränderten Arbeitssituation der Ratspräsidentschaft zuzuschreiben. Eine Ratspräsidentschaft ist auch immer abhängig von den ordentlichen Gesetzgebungsprozessen. Zwar unterstreicht die deutsche Bundesregierung in ihrem Programm die Wichtigkeit des Green Deal, indem sie einem nachhaltigen Europa ein gesamtes Kapitel widmet. Klar wird aber auch, dass die deutsche Ratspräsidentschaft nur in den laufenden



Foto: eu2020.de

Als Vorsitzland leitet Deutschland alle Sitzungen im Rat wie etwa die Treffen von Ministerinnen und Ministern aus den EU-Mitgliedstaaten

legislativen und nichtlegislativen Verfahren darauf achten kann. Die meisten Vorhaben der Europäischen Kommission zum Green Deal befinden sich noch im Konsultationsverfahren, das der Vorlage von Gesetzgebungsvorschlägen vorgeschaltet ist. Selbst wenn die deutsche Ratspräsidentschaft wollte, hätte sie kein Initiativrecht, um Gesetze in diesem Bereich vorzulegen.

Was die Ratspräsidentschaft allerdings kann, ist im Bereich der Haushaltsverhandlungen darauf einzuwirken, dass Nachhaltig-

Vorsitz im Rat der Europäischen Union

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union wechselt alle sechs Monate zwischen den EU-Mitgliedstaaten und wird Ratspräsidentschaft genannt. Dabei werden jeweils drei Präsidentschaften zu sogenannten Dreivorsitzen oder Trio-Präsidentschaften zusammengefasst. Ziel ist es, Themen über einen längeren Zeitraum kontinuierlich bearbeiten zu können. Auf der Grundlage dieses Programms stellt jeder der drei Mitgliedstaaten sein eigenes detaillierteres Sechsmonatsprogramm auf.

Der Rat ist gemeinsam mit dem Europäischen Parlament das wichtigste Entscheidungsgremium der EU. Im Rat versammeln sich die Mitgliedstaaten der EU und positionieren sich vor allem zu den Gesetzgebungsvorschlägen der Europäischen Kommission. An den Tagungen des Rates nehmen Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedstaaten auf Ministerebene des jeweiligen Ressorts teil. Deshalb wird teilweise vom „Ministerrat“ gesprochen.

Die wesentlichen Aufgaben des EU-Mitgliedstaates, der die EU-Ratspräsidentschaft innehat, bestehen in der Planung und Leitung der Tagungen des Rates und seiner Vorbereitungsorgane sowie in der Vertretung des Rates gegenüber anderen EU-Organen. Konkret bedeutet dies, dass die Ratspräsidentschaft die Tagesordnungen aufsetzt und dabei eigene Prioritäten setzen kann. Die Ratspräsidentschaft formuliert zudem Kompromisse, um zu gemeinsamen Stellungnahmen zu kommen und vertritt alle Mitgliedstaaten gegenüber dem Europäischen Parlament und der Kommission in den Trilogverhandlungen. Faktisch können durch diese Tätigkeiten konkrete Gesetzesvorhaben von der Ratspräsidentschaft beschleunigt oder blockiert werden. Hieraus resultiert der maßgebliche Einfluss, den die Präsidentschaft innerhalb des Rates mit sich bringt.

Rat der Europäischen Union:

🔗 <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/>

Trio-Programm des Rates der EU vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021:

🔗 <https://www.eu2020.de/eu2020-de/programm/dreivorsitz-deutschland-portugal-slowenien/2359450>

tigkeit und Bekämpfung des Klimawandels ausreichend beachtet werden. Im Programm heißt es: „Unser Ziel ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie nachhaltig und inklusiv zu bewältigen und dabei den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft mit zu gestalten.“

Ein erster Anfang ist gemacht: Die Ratsposition zum MFR von 2021 bis 2027 sieht vor, dass 30 Prozent aller Mittel für klimabezogene Projekte verwendet werden sollen. Zudem sollen die Ausgaben dem EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050, den Klimazielen der EU bis 2030 und dem Pariser Abkommen entsprechen. Nach dem ersten Zusammentreffen der Umweltministerinnen und -minister unter deutscher Ratspräsidentschaft und noch vor der Einigung über den EU-Haushalt im Rat, hatte Bundesumweltministerin Svenja Schulze bereits gesagt, dass „Klima- und Umweltkrisen nichts von ihrer Dringlichkeit verloren haben“. Daher seien sich die EU-Umweltministerinnen und -minister darüber einig, dass der jetzt zu verhandelnde Mehrjährige Finanzrahmen und das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ wesentlich zu den umwelt- und klimapolitischen Zielen der EU beitragen müssen.

Von einer Krise in die letzte

Aber auch in weiteren Themenfeldern liegen große Hoffnungen auf der deutschen Ratspräsidentschaft. Nicht zuletzt die Ansagen aus dem Bundesinnenministerium, man wolle während der Ratspräsidentschaft Fortschritte bei der ebenfalls in Blockade befindlichen Thematik des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erzielen, zwingt nun zu messbaren Ergebnissen am Ende des Jahres.

Seit Jahren fordern insbesondere die kommunalen Spitzenverbände, dass das in der Praxis außer Kraft gesetzte Dublin-System reformiert werden muss. Der Deutsche Städtetag richtete denn auch die Forderung an die deutsche Ratspräsidentschaft, dringend einen Ersatz für das Dublin-System zu finden und nannte einen solidarischen, verlässlichen und dauerhaften Verteilmechanismus für Asylsuchende dabei als Dreh- und Angelpunkt. Schnelle Asylentscheidungen und deren effektive Umsetzung seien ein wichtiger Faktor, um die Situation in den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen zu entschärfen. Vorprüfungen von Asylanträgen in den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, wie sie Teil des Vorschlages

aus dem Bundesinnenministeriums sind, könnten unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit dabei zu einer Verfahrensbeschleunigung beitragen, wobei das Grundprinzip, dass Asylsuchende in nur einem Mitgliedstaat einen Antrag stellen können, gestärkt werden müsse und flankierend alternative Schutzwege und Wiederansiedlungsprogramme geschaffen werden müssten.

Nachdem die Diskussion über das Gemeinsame Europäische Asylsystem in den letzten Jahren davon geprägt war, dass einige Mitgliedstaaten wie die Visegrad-Staaten eine Abschottungspolitik betrieben und jegliche Diskussionen über neue Verteilungsschlüssel blockierten, scheint durch die Corona-Krise tatsächlich ein neuer Zugang zum Thema möglich zu sein. Das jedenfalls sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer nach einer ersten Videokonferenz mit den verantwortlichen Innenministerinnen und Innenministern der EU-Mitgliedstaaten.

Nach innen gekehrt

Vor dem Hintergrund der vielen zu bewältigenden innereuropäischen Themen könnte man sich fast fragen, ob nicht doch etwas Ernst hinter dem gewählten Motto der deutschen Ratspräsidentschaft steckte. Denn für ein wenig Verwunderung hatte das Motto der deutschen Ratspräsidentschaft doch unter all jenen gesorgt, die der deutschen und englischen Sprache mächtig sind. Während die offizielle Übersetzung „Together for Europe's recovery“ keine Parallelen zum Slogan des US-amerikanischen Präsidenten aufweist, ist das deutsche Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ dem „Make America great again“ doch zum Verwechseln ähnlich.

Zwar stehen hinter dem deutschen Ratspräsidentschaftsmotto keine populistischen, nationalistischen Motive, aber der Fokus ist doch deutlich nach innen gerichtet. Seit Gründung der Europäischen Union waren die Mitgliedstaaten nicht mit einer Krise konfrontiert, die neben einer Wirtschaftskrise solch dramatische Auswirkungen auf die Freizügigkeit und Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger hat. Umso wichtiger wird es sein, dass die deutsche Ratspräsidentschaft der Union zu neuer Stärke verhilft, indem Solidarität zwischen und mit den Mitgliedstaaten gezeigt wird. Zuallererst, indem sie ihr Verhandlungsgeschick beweist, und die nach den einschneidenden Verhandlungen des letzten Europäischen Rates deutlich aufgezeichneten Demarkationslinien überwindet und die Mitgliedstaaten für ein starkes Europa wieder vereint. ■

Infos

Internetseite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft:

🔗 <https://www.eu2020.de/>

Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft:

🔗 <https://www.eu2020.de/blob/2360246/dae7b-758973f0b1f56e74730bf-daf99d/pdf-programm-de-data.pdf>

Vorschlag der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 von Mai 2020:

🔗 https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/eu-long-term-budget/2021-2027_de

Vorschlag der Europäischen Kommission für das Aufbauprogramm „Next Generation EU“:

🔗 https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/recovery-plan-europe_de